

Neubaugelbiet nimmt erste Hürde

Der Bauausschuss stimmt gegen die Grünen dem Aufstellungsbeschluss für das Areal Am Wienebütteler Weg zu

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Der erste Pflöck für das geplante Neubaugelbiet Am Wienebütteler Weg ist eingeschlagen. Mehrheitlich mit sieben Stimmen votierte der Bauausschuss für den Aufstellungsbeschluss. Ulrich Blanck und Ulrich Löb (beide Grüne) stimmten mit Nein, weil sie das endgültige Gesamtklimagutachten erst auf dem Tisch haben wollen, Rainer Petroll (Linke) enthielt sich.

Gutachter: Kein negativer Einfluss aufs Innenstadtklima

Wie berichtet, hatten die Mitglieder des Verwaltungsausschusses Ende November avisiert, dass man sich eventuell für einen Aufstellungsbeschluss entscheiden könne. Voraussetzung: Der von der Stadt mit dem Gesamtklimagutachten beauftragte Gutachter müsse sozusagen in einer Zwischenbilanz schon zum Ergebnis kommen, dass es durch das Neubaugelbiet zu keinen negativen Auswirkungen für die Kaltluftzufuhr in der Innenstadt komme. Harald Kuttig, Mitarbeiter der Geo-Net Umweltconsulting GmbH, gab nun im Bauausschuss einen Überblick zu den Modellrechnungen für die Kli-



Die angedachten Baufelder fürs Gelbiet Wienebütteler Weg aus der Luft.

Grafik: stad lüneburg

maanalyse, auf denen schon das im vergangenen Sommer vorgestellte Teilgutachten basiert und die auch dem Gesamtklimagutachten zugrunde liegen. Sein Fazit knapp zusammengefasst: Die Bebauung hat keinen negativen Einfluss auf die Kaltluftzufuhr in der Innenstadt.

Er verwies auch darauf, dass im Teilgutachten bereits deutlich gemacht worden sei, dass wesentliche Kaltluftströme westlich am Gelbiet vorbei in Höhe des Grüngürtels West fließen sowie entlang des Wienebütteler Wegs und dass im Rah-

men der Planung ein 50 Meter breiter Grünstreifen durchs Viertel frei gehalten werden sollte als Kaltluftschneise.

Der Geschäftsführer von Geo-Net, Peter Trute, hatte im Vorfeld des Ausschusses in einer Kurzstellungnahme, die der Vorlage für den Ausschuss beigelegt war, erklärt: Die bioklimatischen Belastungssituationen seien in beiden Analysen (Teilgutachten/Gesamtklimagutachten) sehr ähnlich. Geringfügige Unterschiede resultierten aus dem größeren Untersuchungsraum. Sein Fazit: Die gesamtstädtische

Klimaanalyse wird nicht zu einer Neubewertung der klimaökologischen Situation des Baugebietes Wienebüttel führen.

Ulrich Blanck hielt dagegen, dass es nicht um die klimatischen Auswirkungen in dem Gelbiet gehe. Er fragte Kuttig: „Können Sie die klimatischen Auswirkungen durch die angestrebte Bebauung auf andere Stellen im Stadtgebiet ausschließen? Und wie sind diese unter Beachtung weiterer geplanter Baugebiete an anderer Stelle im Stadtgebiet?“ Kuttig erklärte, dass sich die Modellrechnungen auf den Ist- und

Planzustand bezögen. Wenn in unmittelbarer Nähe keine weiteres Neubaugelbiet entstehe, habe das Baugebiet Am Wienebütteler Weg keine negativen Auswirkungen auf die Kaltluftzufuhr in der Innenstadt. Für Blanck waren damit seine Fragen nicht eindeutig beantwortet. „Deshalb sollte das Gesamtklimagutachten abgewartet werden.“

Birte Schellmann (FDP) hielt fest: „Wir wollten wissen, ob die Bebauung negative Auswirkungen auf die Belüftung der Stadt insgesamt und insbesondere der Altstadt hat. Wenn Sie das klar

beantworten können, halten wir das im Protokoll fest. Sofern sich im Gesamtklimagutachten Widersprüche zu der Aussage ergeben, müssen wir uns vorbehalten, gegebenenfalls das Bauvorhaben zu stoppen.“ Klaus-Dieter Salewski (SPD) und sein Fraktionskollege Stefan Minks befanden: „Es ist doch gesagt, dass es keine Auswirkungen für die Innenstadt gibt.“ Prof. Dr. Gunter Runkel (AfD) meinte, die Ausführungen des Gutachters sprächen dafür, das Verfahren für den Bebauungsplan einzuleiten.

CDU-Politikerin bringt Westumgehungs ins Spiel

Das Gesamtklimagutachten, das voraussichtlich Ende des ersten Quartals 2018 fertig sein soll, werde keine anderen Aussagen treffen, zeigte sich Stadtbaurätin Heike Gundermann überzeugt. Sollte es anders sein, stehe es der Politik jederzeit frei, das Verfahren nicht weiter voranzutreiben. Ulrich Löb hielt dagegen, dass die Verwaltung beim geplanten Baugebiet Raderbache, das Gesamtklimagutachten abzuwarten. „Das sollte für alle Baugebiete gelten.“

Der Ausschussvorsitzende Niels Webersinn (CDU) stellte sich hinter die Stadtbaurätin: „Wenn das Gesamtklimagutachten zu einem anderen Ergebnis kommt, können wir den Beschluss canceln.“ Seine Fraktionskollegin Christel John gab der Politik noch etwas mit auf den Weg: Infolge der Bebauung sehe sie mit Blick auf den Verkehr „die Dringlichkeit einer Westumgehungs“.